

FACTSHEET:

Die Gleichstellung von Mann und Frau: Eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Am 28.2.2018 wies der Ständerat das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann an seine zuständige Kommission zurück. Mit dem Gesetz will der Bundesrat die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau verbessern. Arbeitgeber/ innen mit mehr als 50 Beschäftigten (gem. vorberatender Kommission des Ständerats sogar erst ab 100 Beschäftigten) sollen alle 4 Jahre zu Lohnanalysen in ihren Unternehmen verpflichtet werden. Das Vorgehen des Ständerats ist befremdend; der BDP-Ständerat Werner Luginbühl kommentiert dies so: „Wir leben im Jahr 2018, und die Zeit, in der die Männer mit der göttlichen Ordnung argumentierten, liegt nun doch bald fünfzig Jahre hinter uns.“

Die BDP kämpft seit ihrer Gründung für eine Stärkung der Frauen im Arbeitsmarkt. Dazu gehört die in der Verfassung verankerte Lohngleichheit. Dass diese Forderung begründet und ohne Zweifel längst überfällig ist, zeigen folgende Zahlen des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann:

- Frauen verdienen gesamtwirtschaftlich betrachtet im Durchschnitt 1412 Fr. pro Monat weniger als Männer.
- 58% dieses Lohnunterschiedes basieren auf erklärbaren Gründen.
- 42%, also durchschnittlich 599 Fr. pro Monat, lassen sich nicht mit objektiven Faktoren erklären.

Die 599 Fr., die Frauen durchschnittlich pro Monat weniger verdienen, müssen als Lohndiskriminierung bezeichnet werden. Auch Frauen in Kaderpositionen verdienen bis zu 24% weniger als Männer.

Im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Parteien, die das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann an die Kommission zurückwiesen und damit eine Verzögerungstaktik betreiben, stellt sich die BDP ihrer Verantwortung und setzt sich aktiv für eine Besserstellung der Frau in der Arbeitswelt ein.

Die BDP hat sich auch über andere Wege bereits für Verbesserungen eingesetzt. Dabei lehnt sie linke Rezepte wie Lohnpolizei oder unrealistische Quoten ab und konzentriert sich auf bürgerliche Lösungsansätze. Nichts zu tun, ist allerdings ebenfalls keine Lösung, weshalb minimale staatliche Massnahmen in Form von Anreizen oder erhöhten Transparenz- und Reportinganforderungen nicht zu vermeiden sind.

Stärkung der Frauenorganisationen in der Sozialpartnerschaft

Damit die Position der Frauen in der Arbeitswelt gestärkt wird, fordert die BDP in einer Motion, dass der Bundesrat Bestimmungen erlässt, welche eine institutionelle Aufnahme von Frauenorganisationen in den Sozialpartnerschaften sicherstellen. In den Sozialpartnerschaften sind die Interessen von berufstätigen Frauen untervertreten: Neben Lohnungleichheiten stösst sich die

BDP vor allem an den fehlenden Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern sowie an der Untervertretung von Frauen in Führungspositionen. Die Förderung von berufstätigen Frauen könnte zudem zur Senkung der Zuwanderung beitragen. Eine Stärkung der Frauen in der Arbeitswelt kann aber nur gelingen, wenn diese selbst in den Diskurs der Sozialpartnerschaften miteinbezogen werden.

Eine Stärkung der Frauen in der Arbeitswelt – gut für die Volkswirtschaft

Die Stärkung der Position der Frauen in der Arbeitswelt hat eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung: Seit Jahren wird richtigerweise in der Schweiz über einen Fachkräftemangel geklagt. Eine Massnahme dagegen wäre die bessere Ausnützung des inländischen Arbeitskräftepotenzials (der Bundesrat wie auch das Parlament haben einer Motion der BDP zugestimmt, welche gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte fordert). Eine andere Massnahme, die die BDP vorgeschlagen hat, war ein sogenannter Einarbeitungszuschuss für den beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase. Vor allem Mütter, welche für eine bestimmte Zeit ihre berufliche Tätigkeit zugunsten der Familie aufgegeben haben, sind bei einem beruflichen Einstieg häufig benachteiligt. Frauen soll damit geholfen werden, im Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen – was letztendlich auch der Wirtschaft und dem oben erwähnten Fachkräftemangel zu Gute kommt. Leider hat das Parlament das Potenzial dieser vorgeschlagenen Massnahme nicht erkannt und sie deshalb abgelehnt.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Volkswirtschaft entsteht ein grosser Schaden, wenn gutausgebildete Frauen, in deren Ausbildung viel Geld investiert wurde, der Arbeitswelt fernbleiben. Deshalb setzt sich die BDP dafür ein, dass Frauen die Berufstätigkeit ermöglicht wird. Seit Jahren strebt die BDP deshalb eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf an: Ein unbürokratischer Ausbau von Kita-Plätzen, die Einführung von Tagesschulen sowie von Blockzeiten gehören zu ihren Forderungen. Es ist wichtig, dass Frauen sich nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern dass die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Mütter weiterhin im Arbeitsprozess verbleiben können. Die angeführten Vorstösse der BDP würden es Müttern erleichtern, tagsüber ihrem Beruf nachgehen zu können – wovon die Volkswirtschaft enorm profitieren würde.

Unternehmen in der Pflicht

Nebst verbesserten Rahmenbedingungen – dazu gehören auch Teilzeitmodelle für Männer – sind vor allem Unternehmen in der Pflicht: Sie müssen die Bereitschaft zeigen, das weibliche Arbeitskräftepotenzial auch entsprechend auszunutzen. Nach wie vor ist der Anteil von Frauen in Führungsetagen deutlich zu tief, obwohl bewiesen ist, dass gemischte Teams über eine hohe Performance verfügen. Die Unternehmen sind aufgefordert, weibliche Fach- und Führungskräfte anzustellen, zu fördern und auch entsprechend ihrer Qualifikation zu entlohnen.